



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RUSSISCH-ARMENISCHE BEZIEHUNGEN

■ ANALYSE		
Armenisch-russische Beziehungen: Geschichte, Realität und Beweggründe der beiden Partner Harutyun Grigoryan (Universität Potsdam)		2
■ STATISTIK		
Außenwirtschaftsbeziehungen		6
■ UMFRAGE		
Die Einstellung der Armenier zu Russland		9
■ DEKODER		
Wie der Kreml das Näherrücken unabwendbarer Veränderungen in Armenien verschlief Konstantin Eggert (Snob)		11
■ DOKUMENTATION		
Pressemitteilung von Reporter ohne Grenzen zum Versuch, die Internetfreiheit in Russland zu beschränken		14
■ GRAFIK ZUM TEXT		
Internetnutzung in Russland		16
■ CHRONIK		
12. – 23. Februar 2019		17

Armenisch-russische Beziehungen: Geschichte, Realität und Beweggründe der beiden Partner

Harutyun Grigoryan (Universität Potsdam)

Zusammenfassung

Die armenisch-russischen Beziehungen basieren vor allem auf historisch bedingten, für Russland geostrategischen und für Armenien existentiellen Interessen und werden im 21. Jahrhundert als strategisch-partnerschaftlich bezeichnet. Die geopolitischen Ziele des als Weltmacht agierenden Russland stimmen mit den Zielen der armenischen Nation nicht immer überein. Trotzdem bleiben die beiden Hauptstädte Moskau und Jerewan eng miteinander verbunden. Die Gründe dafür sind vielfältig.

Retrospektive

Die Geschichte der armenisch-russischen Beziehungen reicht Jahrhunderte zurück. Das historische Ostarmenien, dessen Gebiet sich zum Teil mit dem der heutigen Republik Armenien deckt, wurde 1828 Teil des Russischen Reiches.

Nach dem Niedergang des Zarenreiches waren Armenien und Russland, abgesehen von der kurzen Phase der ersten Republik Armenien von 1918 – 1920, gemeinsam Teil eines russisch dominierten Staates. Erst nach dem Zerfall der UdSSR erhielten die armenisch-russischen Beziehungen einen bilateralen Charakter.

Am 3. April 1992 wurden diplomatische Beziehungen zwischen den beiden Ländern aufgenommen. Seitdem wird die Zusammenarbeit kontinuierlich vertieft. Die wichtigsten Rechtsgrundlagen dafür sind der am 29.12.1991 unterzeichnete, allerdings nicht ratifizierte, später durch den Vertrag »Über kollektive Sicherheit der GUS« vom 15.05.1992 ersetzte, »Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Sicherheit zwischen der Russischen Föderation und der Republik Armenien« (der am 29.08.1997 nochmals unterzeichnet wurde), sowie die »Deklaration über eine alliierte Zusammenarbeit zwischen Russland und Armenien, ausgerichtet auf das 21. Jahrhundert« vom 26.09.2000. Zudem bestehen zwischen den beiden Staaten fast 300 verschiedene Verträge und Abkommen.

Die zwischenstaatlichen Beziehungen lassen sich auch durch die von Russland initiierten überregionalen Integrationsprozesse, wie etwa die Eurasische Wirtschaftsunion oder die Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit, vertiefen.

Sicherheitspolitische Beziehungen

Einige der in der Armenischen SSR stationierten Einheiten der Sowjetarmee fielen Russland als dem Nachfolger der UdSSR zu, verließen aber nicht die unabhängig gewordene Republik Armenien. Sie blieben u. a. in dem bereits zur Zeit des Zarenreiches eingerichteten und später mehrmals modernisierten Militärstützpunkt in der Stadt Gjumri. Rechtlich abgesichert wurde die russische Militärpräsenz in Armenien durch zahlreiche Verträge,

die zwischen 1992 und 2017 unterzeichnet wurden. Die Hauptaufgabe des russischen Militärs in Armenien bleibt offiziell der Schutz der armenischen Souveränität sowie die Erhöhung der Stabilität der südöstlichen Grenzen Russlands. 2015 – 2016 wurde der Zusammenschluss der Luftabwehrsysteme und Truppen bestimmter Einheiten der armenischen Armee sowie von den in Armenien stationierten russischen Einheiten vereinbart. Diese gemeinsamen Einheiten funktionieren seit 2017 und können »im Falle einer Aggression« auch unter dem Kommando des russischen Militärbezirks Süd stehen, zu dem unter anderem die Schwarzmeerflotte und die Halbinsel Krim gehören.

Einheiten, die offiziell zum Inlandsgeheimdienst Russlands (FSB) gehören, überwachen die armenische Grenze zur Türkei (ca. 310 km) und zu Iran (ca. 45 km). Darüber hinaus führen russische FSB-Angehörige zusammen mit den armenischen Kollegen auf den Flughäfen von Jerewan und Gjumri Passagierkontrollen durch. Im »Vertrag zwischen der Republik Armenien und der Russischen Föderation über den Status und die Funktion der auf dem Territorium der Republik Armenien stationierten Grenztruppen der Russischen Föderation« vom 30.09.1992 heißt es, dass die Republik Armenien im Interesse der Gewährleistung der eigenen Sicherheit und der Sicherheit der Russischen Föderation den Schutz der Staatsgrenze zur Türkei und zu Iran auf dem eigenen Gebiet an die Grenztruppen der Russischen Föderation delegiert. Obwohl die in Armenien stationierten Grenztruppen Russlands ihre Schritte zum Schutz der Staatsgrenze der Republik Armenien mit der Regierung der Republik Armenien koordinieren, orientieren sie sich dabei auch »an den zwischenstaatlichen Verträgen der ehemaligen UdSSR mit der Türkei und dem Iran und dem sowjetischen Gesetz über die Staatsgrenze der UdSSR.« Aus dem Vertragstext geht eindeutig hervor, dass es für Armenien um die Sicherheit der eigenen Republik und die der Verbündeten geht. Für Moskau geht es – außer um die bloße Gewährleistung der Grenzsicherheit Armeniens – um die Aufrechterhaltung der sowjetischen Verträge, was wiederum die geopolitischen Ziele Russlands deutlich macht. In den Verträgen, die die mili-

tärische Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern regulieren, sind auch jene Formulierungen bemerkenswert, denen zufolge die russischen Truppen in Armenien auch für »die Gewährleistung der Sicherheit der Russischen Föderation« sorgen sollen, obwohl die Republik Armenien keine gemeinsame Grenze mit Russland hat.

Im Rahmen der militärischen Sicherheitszusammenarbeit darf das armenische Verteidigungsministerium russische Waffen und Munition zu »internen« – für die russische Armee geltenden – Preisen bestellen. Wenn das benötigte Geld nicht vorhanden ist, gewährt Moskau Jerewan hierfür Kredite. Viele armenische Militärangehörige werden im Rahmen diverser Programme in Russland aus- bzw. weitergebildet.

Parallel zur bilateralen Militärkooperation wird die Zusammenarbeit im Rahmen der Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS) permanent ausgebaut. Auch hier dominiert Russland; Moskau versucht dabei, die bilateral bestehende Kooperation mit Armenien maximal in das OVKS-Format zu integrieren. Hier bilden sich für die armenische Sicherheits- und Außenpolitik zusätzliche Herausforderungen, aber auch Perspektiven heraus. Dies alles scheint jedoch abermals im geopolitischen Interesse Russlands zu liegen: Alle OVKS-Mitglieder verwenden russische (zum Teil auch belarussische) Waffen und verständigen sich untereinander in russischer Sprache.

Die militärische Zusammenarbeit hilft auch der armenischen Wirtschaft: In Armenien werden nach russischer Lizenz Handfeuerwaffen hergestellt. Vor kurzem wurde der Produktionsstart von modernen Maschinengewehren der Marke Kalaschnikow in Armenien angekündigt.

Wirtschaftliche Beziehungen und Energiekooperation

Unter den postsowjetischen Republiken hatte Armenien wirtschaftlich am meisten zu leiden: Das Erdbeben vom Dezember 1988 hatte Nordarmenien verwüstet, es gab die Grenzen zu den anderen postsowjetischen Republiken Aserbaidschan und Georgien, die durch das Chaos und den Krieg in Georgien, bzw. den damals georgischen Nord- bzw. Nordostgebieten Südossetien und Abchasien unsicher waren, es gab den Verlust von Aufträgen für die am sowjetischen Markt orientierte armenische Industrie, die Energieversorgungskrise und schließlich den Krieg mit Aserbaidschan.

Unter den Ländern, die in die Volkswirtschaft Armeniens investieren, steht Russland an erster Stelle. Das Gesamtvolumen der Investitionen aus Russland beläuft sich auf 4 Milliarden US-Dollar (40 Prozent aller ausländischen Investitionen in Armenien). In der Republik sind etwa 1 300 russische Unternehmen tätig.

Zu den größten Investitionsprojekten gehören der Bau von Gas- und Energieanlagen unter Beteiligung des

russischen Staatsgiganten »Gazprom«, der Erwerb eines der führenden Kreditinstitute des Landes, der »Armsberbank«, durch die russische »VTB Bank« (der neue Name ist seit 2006 »VTB-Armenia«) sowie das vom russischen Aluminiumkonzern »RUSAL« im Jahr 2006 gekaufte und modernisierte »Rusal-Armenal«. Diese Fabrik ist übrigens eines der größten Industrieunternehmen in Armenien und der einzige Hersteller von Aluminiumfolie im Kaukasus und in Zentralasien.

Von Bedeutung ist auch die Zusammenarbeit im Bereich der Kernenergie. Das Kernkraftwerk »Metamor«, das einzige im Südkaukasus, wurde im Jahr 1980 unweit von Jerewan in Betrieb genommen. Im Jahr 2014 wurde vereinbart, dessen Laufzeit um weitere zehn Jahre zu verlängern. Die dafür benötigten Modernisierungen werden durch russische Kredite finanziert. Den Auftrag erfüllt der russische Staatskonzern »Rosatom«.

Wichtigste Säule der bilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist die Energie: Rund 80 Prozent der benötigten Energieträger werden von Russland bereitgestellt. Die russischen Unternehmen besitzen so gut wie alle Anlagen der Brennstoff- und Energiekomplexe von Armenien, beispielsweise die Sewan-Hrasdan-Kaskade (sieben Wasserkraftwerke am Fluss Hrasdan), Verteilernetze und das Wärmekraftwerk Hrasdan. Das russische Unternehmen »Inter RAO JeES« kaufte im Jahr 2006 sämtliche Anteile des Stromversorgers und Monopolisten »Stromnetze Armeniens« mit einem Gesamtnetz von ca. 36 000 km und verkaufte im Jahr 2017 70 Prozent der Aktien an die russische »Taschir Kapital« weiter.

Monopolanbieter von Erdgas auf dem armenischen Inlandsmarkt ist die im Dezember 1997 gegründete »Gazprom Armenia« (eine hundertprozentige Tochtergesellschaft von »Gazprom«). Das Unternehmen organisiert Gaslieferungen für den armenischen Inlandsmarkt und ist ebenso im Transport, der Lagerung, Verteilung und dem Verkauf von Brennstoffen, Wiederaufbau und Ausbau des Gastransportsystems und der unterirdischen Gasspeicheranlagen des Landes tätig. »Gazprom« investierte insgesamt rund 550 Millionen US-Dollar in Gas- und Energieprojekte Armeniens. »Gazprom« beteiligte sich am Bau des armenischen Abschnitts der Gaspipeline Iran–Armenien (2008 in Betrieb genommen) und kontrolliert somit auch die Gaslieferungen aus dem Iran.

Für den Zeitraum 2014–2018 rechnete »Gazprom« mit Gaslieferungen nach Armenien bis zu 2,5 Milliarden Kubikmeter pro Jahr und 189 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter. Mit der Zeit sanken allerdings nicht nur das Liefervolumen (1,87 Mrd. Kubikmeter 2016), sondern auch die Preise (150 US-Dollar für 2017–2018). Gestiegen ist der Gaspreis erstmals wieder 2019, nämlich auf 165 US-Dollar für 1.000 Kubikmeter.

Russische Unternehmen haben – fast wie bei der Energiekooperation – auch im Telekommunikationsbereich absolute Oberhand. Die »Vimpel Com« (heute VEON, hinter dem russisches Kapital zu vermuten ist) kaufte sämtliche Aktiva des armenischen nationalen Telekommunikationsanbieters »Armentel« und betreibt es unter dem Namen »Beeline«. Das russische Unternehmen »Mobilnyje Telesistemy« (MTS) kaufte im Jahr 2007 einen Anteil von 80 Prozent der 2004 von der libanesischen »Fattouch Group« gegründeten »VivaCell« und benannte es in »VivaCell MTS-Armenia« um. Die mit russischem Kapital gegründete »UCOM« kaufte im Jahr 2016 alle Aktien des französischen Telekommunikationsbetreibers »Orange Armenia«.

Russland ist auch an der marode gewordenen Wirtschaftsinfrastruktur Armeniens interessiert und investierte in wirtschaftlich nicht rentable Projekte, offensichtlich aus geopolitischen Interessen. In diesem Zusammenhang wäre die im Jahr 2008 erfolgte Übernahme der »eingekreisten« und hoffnungslos »Eisenbahn Armeniens« für weitere 30 Jahre zu erwähnen. Die zu den staatlichen »Russischen Eisenbahnen« gehörende Tochtergesellschaft »Südkaucasische Eisenbahnen« hat im Laufe der vergangenen 10 Jahren dort fast 230 Millionen US-Dollar investiert.

Im Jahr 2017 betrug das Handelsaufkommen zwischen den beiden Ländern Russland und Armenien rund 1,75 Milliarden US-Dollar (2016 waren es ca. 1,33 Mrd. USD). Davon sind 1,23 Milliarden Dollar russische Ausfuhren in die Republik Armenien (ca. 19 Prozent der Importe Armeniens) und 514 Millionen Dollar armenische Ausfuhren in die Russische Föderation (ca. 23 Prozent aller Exporte Armeniens). So betrug der Anteil der armenischen Warenexporte nach Russland im Jahr 2017 ungefähr 0,22 Prozent aller russischen Importe, und die russischen Exporte nach Armenien machten 2017 nur rund 0,35 Prozent aller russischen Ausfuhren aus.

Das Handelsaufkommen zwischen den beiden Ländern steigt Jahr für Jahr weiter an. Im ersten Halbjahr 2018 betrug es rund 925 Millionen US-Dollar.

Während diese Zahlen für die armenische Wirtschaft von zentraler Bedeutung sind, spielen sie für die russische Wirtschaft eher eine politische, als eine rein ökonomische Rolle.

Bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit hat auch der Tourismus einen führenden Platz. Unter den rund anderthalb Millionen Armenienbesuchern waren ca. 410.000 russische Staatsbürger. Für die Einreise nach Armenien brauchen russische Staatsbürger keinen Reisepass mehr, es reicht der Personalausweis.

Einen wesentlichen Beitrag zur Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit leistet zweifellos die Eurasische Wirtschaftsunion. Seit Juli 2017 funktioniert in

Armenien das russische Kartenzahlungssystem »Mir«, und im Gegenzug wurden die armenischen »ArCa«-Karten in der Russischen Föderation eingeführt. Dies war das erste derartige Projekt innerhalb der Eurasischen Wirtschaftsunion.

Auf gutem Stand ist auch – im Sinne von gegenseitigen Besuchen hochrangiger Vertreter der Exekutive sowie von enger parlamentarischer Zusammenarbeit – die politische Zusammenarbeit. Allein seit Mai 2018 hat sich der armenische Ministerpräsident Nikol Paschinjan fünf Mal mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin getroffen. Zweimal jährlich tagt die interparlamentarische Kommission für die Zusammenarbeit zwischen der Föderalversammlung der Russischen Föderation und der Nationalversammlung der Republik Armenien.

Russische *Soft Power* [Die Attraktivität und Einflussfähigkeit eines Staates, die zumeist durch kulturelle Faktoren ausgeübt wird. – Anm. d. Red.] bleibt in Armenien vergleichbar schwach. Russland bemüht sich allerdings auch in diese Richtung. Neben der in Jerewan gegründeten Slawischen Geisteswissenschaftlichen Universität sind in Armenien die Niederlassungen von sechs weiteren Hochschulen Russlands tätig, an denen über 3 500 Studenten auf Russisch diverse Fachrichtungen studieren. Russische staatliche TV-Kanäle sowie viele private sind in Armenien verfügbar. Jährlich studieren auf Kosten Russlands Hunderte von armenischen Staatsbürgern an russischen Universitäten und Hochschulen. Russland wünscht eine weitere Verbreitung der russischen Sprache in Armenien. Ein spürbarer Anteil der Printnachrichten und im Handel stehenden Bücher in Armenien sind auf Russisch. Die russische Sprache genießt den Rang der ersten Fremdsprache an armenischen Gesamtschulen. Bei verschiedenen Gelegenheiten bringen russische Regierungsvertreter den Wunsch zum Ausdruck, dass dem Russischen in Armenien der Status einer zweiten Staatssprache verliehen wird.

In Russland leben über eine Million Armenier und bilden somit weltweit die größte armenische Diaspora. Hinzu kommen russische Staatsangehörige mit armenischen Wurzeln, etwa anderthalb Millionen Menschen. Die Anzahl steigt jährlich: Allein im Jahr 2017 erhielten 25.144 Armenier die russische Staatsbürgerschaft, 13.320 bekamen eine Aufenthaltserlaubnis und ca. 650.000 wurden für einen kurzfristigen Aufenthalt bei den Migrationsbehörden Russlands registriert.

Der russische Anteil an der Bevölkerung Armeniens besteht dagegen hauptsächlich aus Familienangehörigen der im Lande stationieren Militärs und aus zahlreichen russischen Staatsangehörigen mit armenischen Wurzeln. Zum 31. Dezember 2017 betrug die Anzahl der in Armenien ständig ansässigen russischen Staatsbürger 21.609.

Fazit

Bereits ein kurzer Überblick zeigt, dass zur Basis der Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Staaten das Erbe der gemeinsamen Vergangenheit, aber auch die gegenseitigen Interessen gehören. Obwohl sich die Beziehungen auf offizieller Ebene auf Augenhöhe gestalten, ist das fehlende Gleichgewicht bei der Kooperation spürbar. Russische Staatskonzerne und Firmen mit russischem Kapital haben in fast allen wichtigen Bereichen des Wirtschaftssystems Armeniens die Oberhand. Russland, dessen Territorium etwa 570 Mal größer ist, und das rund 50 Mal mehr Einwohner als Armenien hat – ganz abgesehen von sämtlichen Vorteilen einer atomaren Supermacht –, verfolgt diverse Ziele und muss von Wladiwostok bis Kaliningrad Herausforderungen unterschiedlicher Dimension entgegentreten.

Andererseits ist diese riesige Supermacht stark auf die Treue der kleinen südkaukasischen Republik angewiesen. Armenien ist das einzige Land in der Region, das Russland gegenüber bis heute treu geblieben ist. Es ist auch das einzige Land im Südkaukasus, das es Moskau erlaubt, eigenes Militär in der Region zu stationieren und einen, wenn auch kleinen, aber wichtigen Beitrag für russische Interessen auf der internationalen Bühne leistet. Es hat gegen die gegen Russland gewandten UN-Resolutionen zur Halbinsel Krim gestimmt, eine kleine humanitäre Militärmission nach Syrien geschickt usw. Die Schwäche der russischen *Soft Power* kann durch eine wachsende armenische Diaspora in Russland, bzw. eine Einbürgerung von Armeniern in kurz- bzw. mittelfristiger Zukunft kompensiert werden.

Die Treue zu Moskau hat ihre historischen und politischen Ursachen: Die armenische Nation steht vor gravierenden Herausforderungen. Die im Vergleich zu Armenien sowohl territorial als auch von der Bevölkerungszahl her etwa 26 Mal größere Republik Türkei leugnet den Anfang des 20. Jahrhunderts begangenen Völkermord, hält die Grenze zu Armenien weiterhin geschlossen und ist theoretisch in der Lage, die kleine Republik von Westen her anzugreifen. Schutz kann oder will der Westen nicht anbieten. Aus diesem Grund scheint Armenien kaum über eine Alternative zu Russ-

land zu verfügen. Sogar der Anfang Mai 2018 an die Macht gekommene Ministerpräsident, der als Oppositionspolitiker die enge Zusammenarbeit mit Russland ständig und scharf kritisiert hatte, räumte bereits Ende April 2018 im Laufe eines Interviews mit Journalisten unter anderem ein: »Armenien verfügt über eine unzureichende Armee, die leider nicht alle seine Grenzen ordnungsgemäß schützen kann, und dies ist eine Realität, die jede armenische Regierung berücksichtigen sollte«. Und wie es der ehemalige Staatspräsident Armeniens, Armen Sargsjan, formulierte, bedeutet den Interessen des eigenen Volkes zu dienen, der Freundschaft zwischen dem russischen und armenischen Volk zu dienen.

Hinzu kommt der Konflikt mit dem mindestens dreifach größeren Aserbaidschan, in dem Armenien die Interessen Berg-Karabachs vertritt. Für eine friedliche Beilegung dieses Konfliktes spielt Russland eine zentrale Rolle. In diesem Falle geht aber nicht alles so zügig und reibungslos; es herrscht auf beiden Seiten weiterhin ein gewisses Misstrauen, in der armenischen Öffentlichkeit vor allem wegen russischer Lieferungen von modernen Angriffswaffen an Aserbaidschan, die gegen Armenier verwendet werden. Für die armenische Öffentlichkeit ist eine Realität, bei der ein strategischer Partner Waffenlieferungen an den Feind als »Geschäft« und »die Schaffung eines Kräftegleichgewichts im Südkaukasus« bezeichnet, nicht hinnehmbar.

Trotz aller Meinungsverschiedenheiten zwischen den Hauptstädten und unabhängig davon, welche politische Kraft in Zukunft in Armenien und Russland jeweils an die Macht kommt, werden die armenisch-russischen Beziehungen zu Gunsten der russischen Geopolitik und im Sinne der existentiellen Interessen der armenischen Nation weiter ausgebaut und vertieft, vor allem in den Bereichen der Energie-, Sicherheits- und militärischen Zusammenarbeit. Die relativ schwache russische *Soft Power* wird mit der Zeit durch die angewachsene und Russisch sprechende armenische Diaspora, bzw. den Zuwachs der eingebürgerten und somit in den russischen Alltag integrierten Armenier kompensiert. Diese Menschen werden als Brücke der zivilgesellschaftlichen Verständigung zwischen Moskau und Jerewan dienen.

Über den Autor

Harutyun Grigoryan ist Jurist. Er wurde 1978 in Jerewan geboren, studierte Rechtswissenschaften in Bergkarabach und an der Staatsuniversität Jerewan. Später studierte er an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln (2006 – 2008). Er ist derzeit als Rechtsberater für armenisches Recht tätig und arbeitet parallel dazu an seiner Promotion an der Universität Potsdam über die Territorialität des Staates und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker.

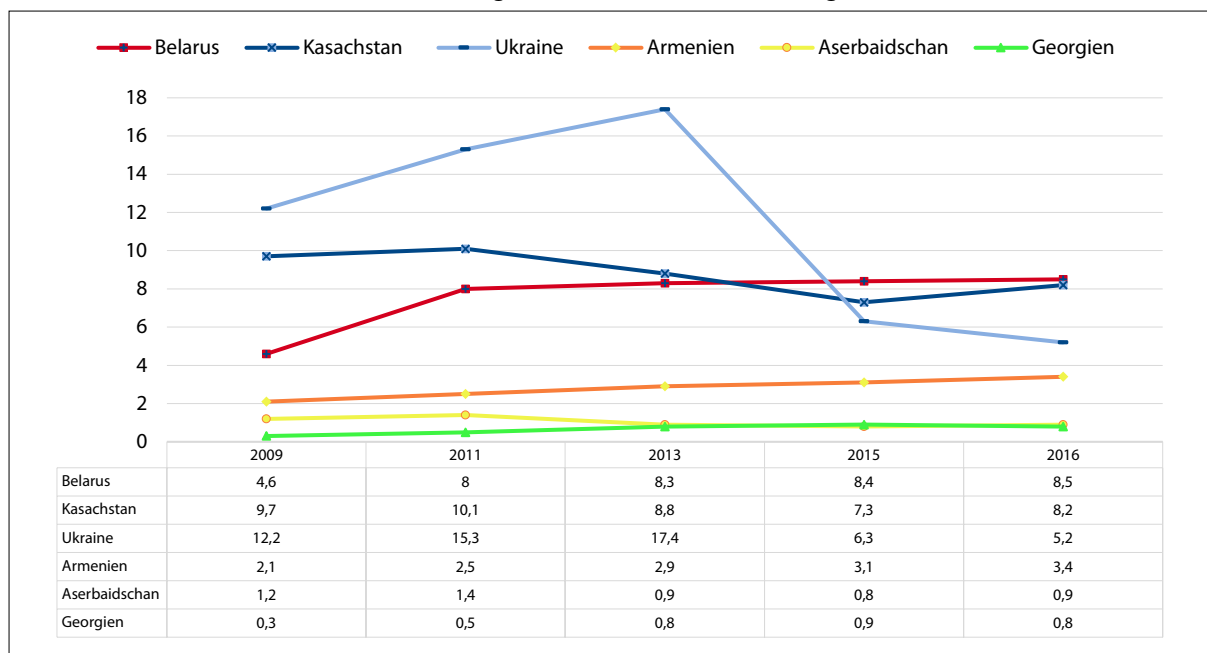
Lesetipps

- *Grigoryan, Harutyun*: Möglichkeiten und Hindernisse von Versöhnung am Beispiel Berg-Karabach, in: Ost-West, Europäische Perspektiven, 2018, Nr. 2, S. 117–124; <https://www.owep.de/ausgabe/2018-2>.
- Russian Analytical Digest 232, Russia's Relations with the South Caucasus, <http://www.css.ethz.ch/publikationen/russian-analytical-digest.html> (in Vorbereitung, Publikationsdatum voraussichtlich 05.03.2019)

STATISTIK

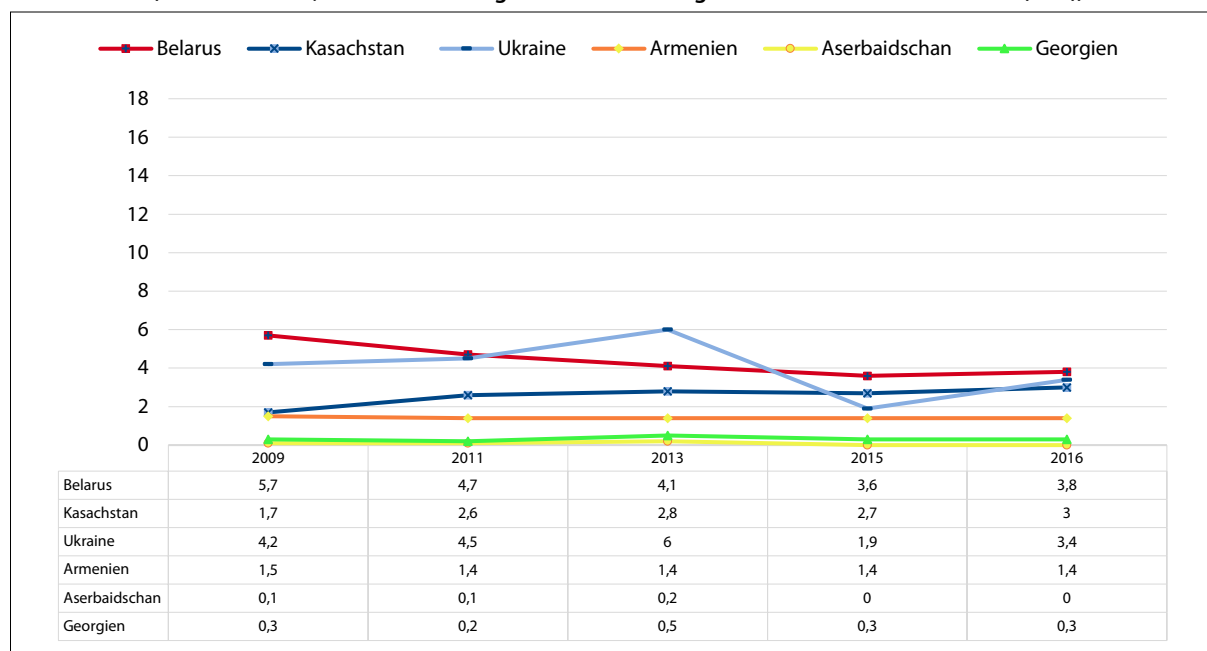
Außenwirtschaftsbeziehungen

Grafik 1a: Direktinvestitionen Russlands in ausgewählte Staaten des postsowjetischen Raums 2009 – 2016 (Mrd. US-Dollar; nach Berechnungen der Eurasischen Entwicklungsbank (MIM CIS))



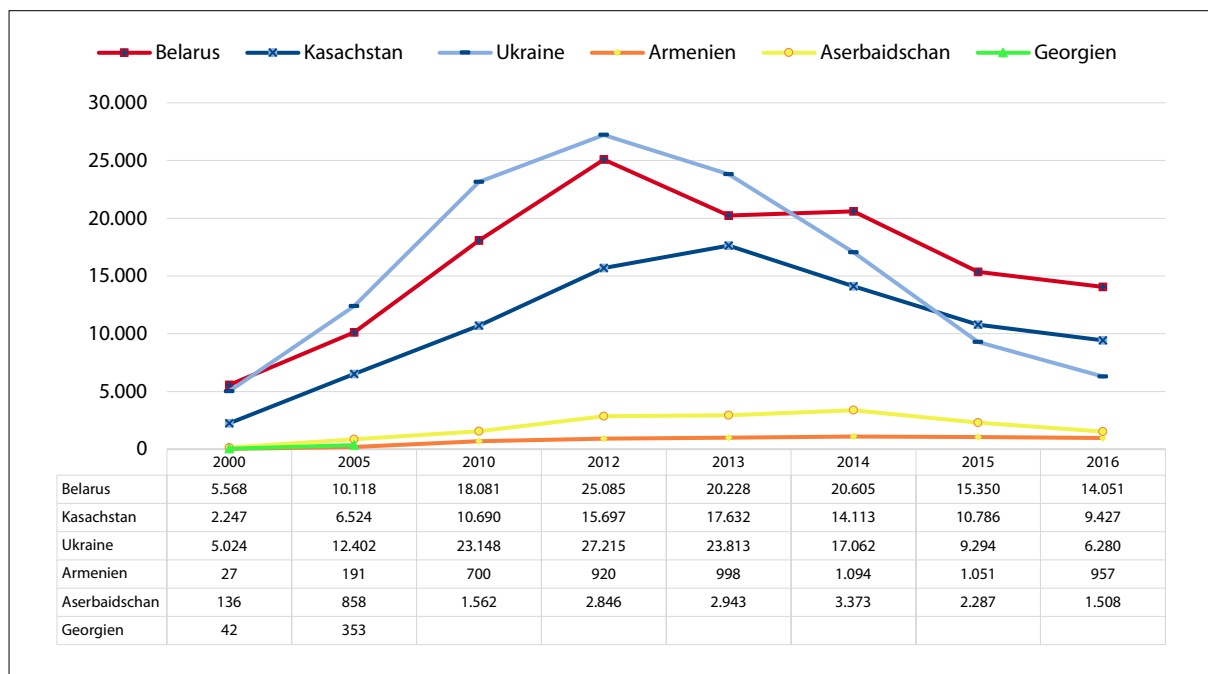
Quelle: Eurasian Development Bank, Monitoring of Mutual Investments in CIS Countries 2017, 10 October 2017, https://eabr.org/upload/iblock/3fe/EDB-Centre_2017_Report-45_MIM-CIS_ENG_2.pdf.

Grafik 1b: Direktinvestitionen Russlands in ausgewählte Staaten des postsowjetischen Raums 2009 – 2016 (Mrd. US-Dollar; nach Berechnungen der Zentralbank Russlands (CBR))



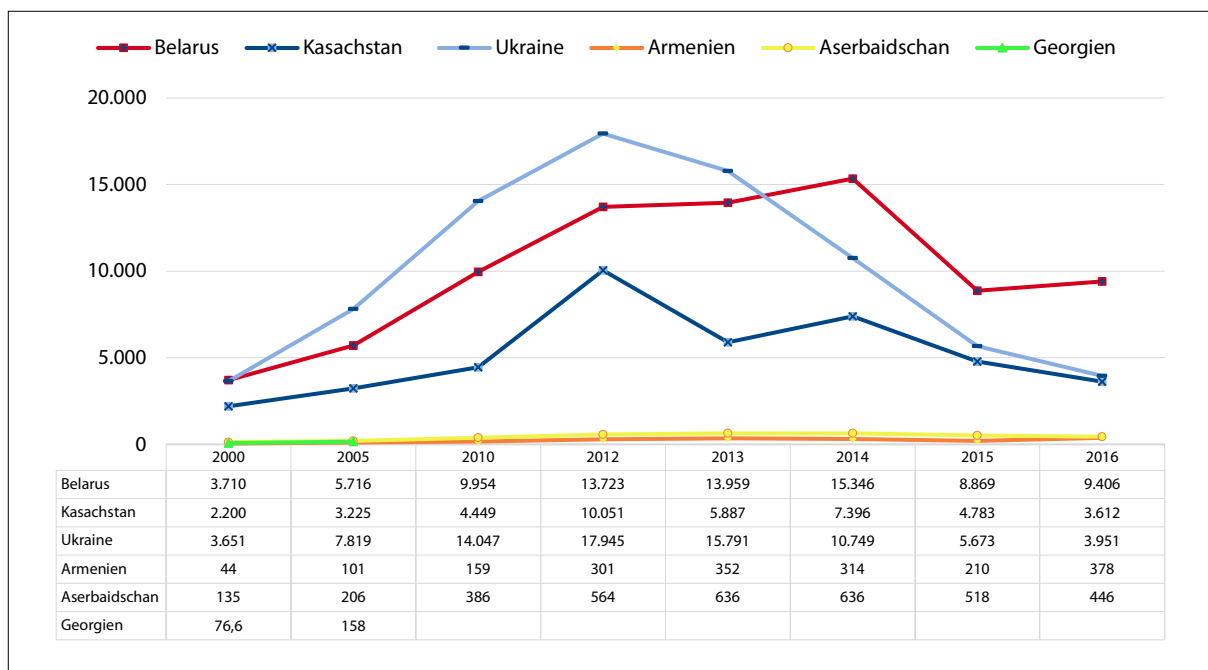
Quelle: Eurasian Development Bank, Monitoring of Mutual Investments in CIS Countries 2017, 10 October 2017, https://eabr.org/upload/iblock/3fe/EDB-Centre_2017_Report-45_MIM-CIS_ENG_2.pdf.

Grafik 2: Russische Exporte in ausgewählte Staaten des postsowjetischen Raums 2000 – 2016 (Mio. US-Dollar; in tatsächlichen Preisen)

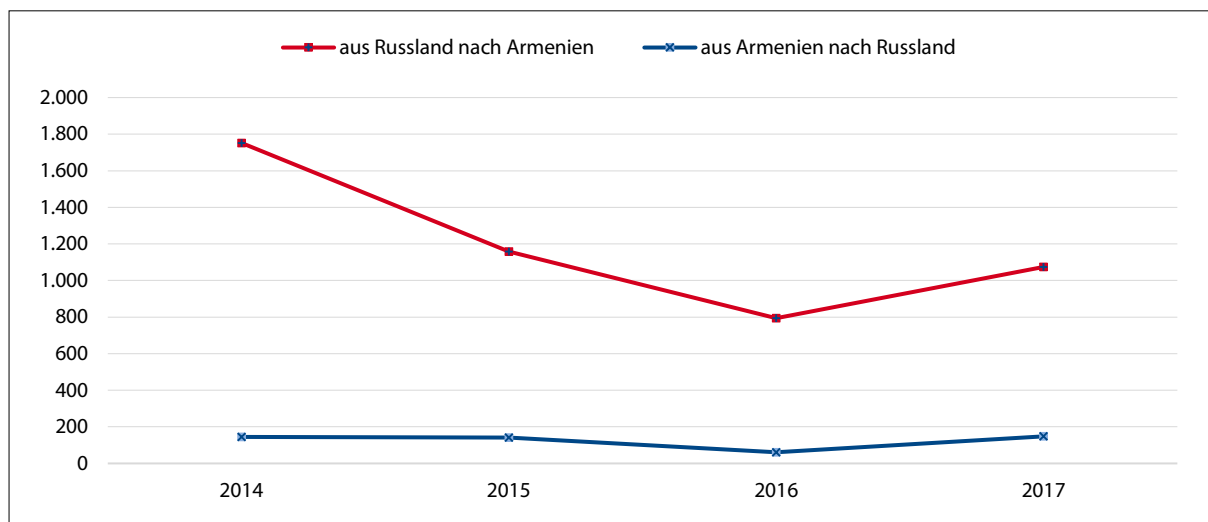


Quelle: Föderaler Dienst der Staatlichen Statistik der Russischen Föderation, http://www.gks.ru/bgd/regl/b17_12/IssWWW.exe/stg/d02/27-04.doc.

Grafik 3: Russische Importe aus ausgewählten Staaten des postsowjetischen Raums 2000 – 2016 (Mio. US-Dollar; in tatsächlichen Preisen)



Quelle: Föderaler Dienst der Staatlichen Statistik der Russischen Föderation, http://www.gks.ru/bgd/regl/b17_12/IssWWW.exe/stg/d02/27-04.doc.

Grafik 4: Private Überweisungen aus Russland nach Armenien und aus Armenien nach Russland 2014 – 2017 (Mio. US-Dollar)


Quelle: Zentralbank der Russischen Föderation, http://www.cbr.ru/vfs/eng/statistics/CrossBorder/Personal_Remittances_CIS_e.xlsx.

Tabelle 1: Private Überweisungen aus Russland in ausgewählte Staaten des postsowjetischen Raums 2014 – 2017 (Mio. US-Dollar)

	2014	2015	2016	2017
Aserbaidschan	1.374	950	872	1.016
Armenien	1.752	1.159	794	1.075
Belarus	1.000	585	561	711
Kasachstan	465	351	430	485
Ukraine	3.187	1.835	1.337	1.293

Quelle: Zentralbank der Russischen Föderation, http://www.cbr.ru/vfs/eng/statistics/CrossBorder/Personal_Remittances_CIS_e.xlsx.

Tabelle 2: Private Überweisungen aus ausgewählten Staaten des postsowjetischen Raums nach Russland 2014 – 2017 (Mio. US-Dollar)

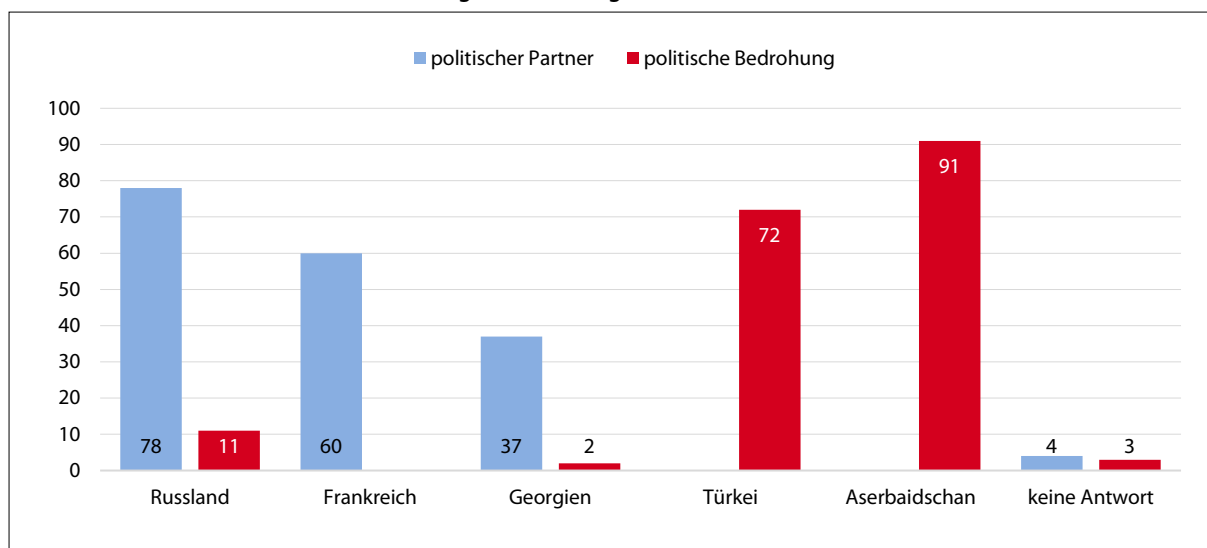
	2014	2015	2016	2017
Aserbaidschan	149	140	72	71
Armenien	145	142	61	148
Belarus	74	65	61	74
Kasachstan	650	944	605	945
Ukraine	207	149	142	111

Quelle: Zentralbank der Russischen Föderation, http://www.cbr.ru/vfs/eng/statistics/CrossBorder/Personal_Remittances_CIS_e.xlsx.

UMFRAGE

Die Einstellung der Armenier zu Russland

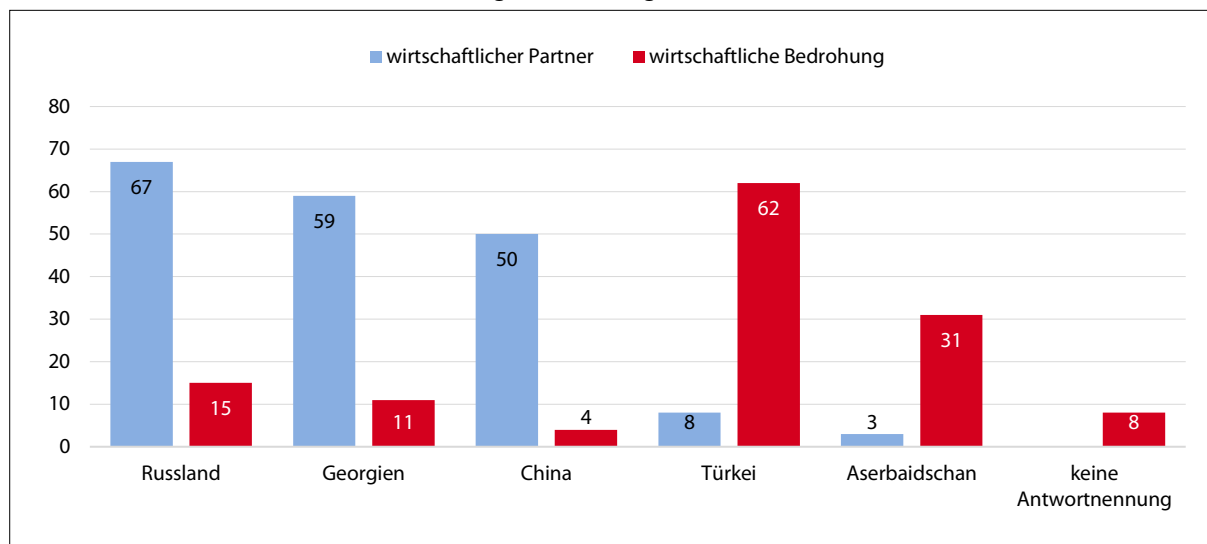
Grafik 1: Welches der folgenden Länder betrachten Sie als den wichtigsten politischen Partner/Bedrohung für Armenien? (Mehrfachnennungen waren möglich)



Auszug mit Nennung der drei wichtigsten Partnerländer und Bedrohungsländer

Quelle: International Republican Institute: Public Opinion Survey: Residents of Armenia, October 2018, https://www.iri.org/sites/default/files/2018.11.23_armenia_poll.pdf.

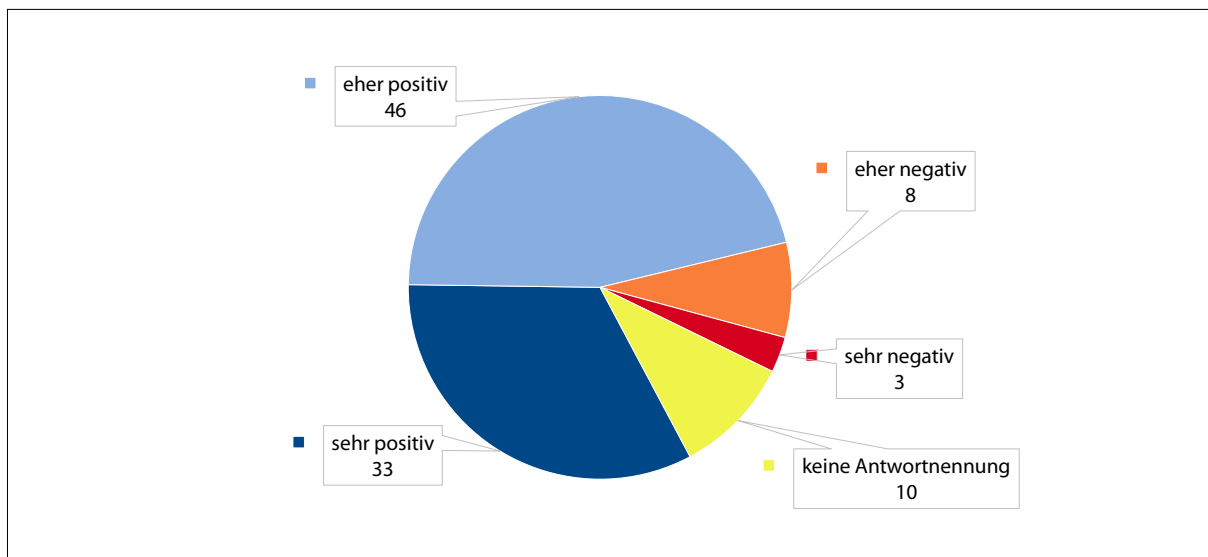
Grafik 2: Welches der folgenden Länder betrachten Sie als den wichtigsten wirtschaftlichen Partner/Bedrohung für Armenien? (Mehrfachnennungen waren möglich)



Auszug mit Nennung der drei wichtigsten Partnerländer und Bedrohungsländer

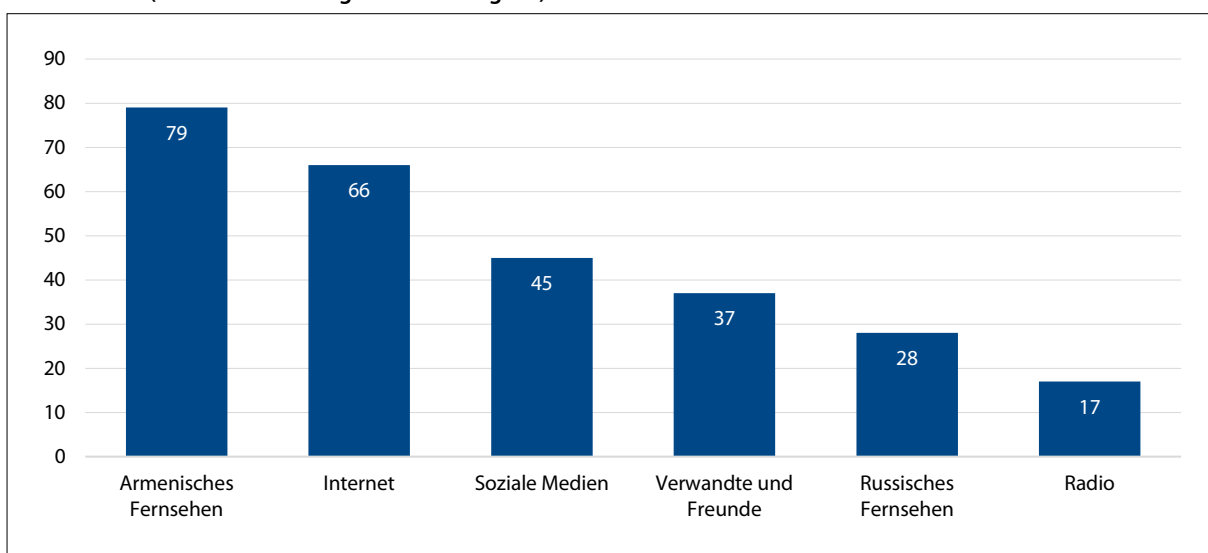
Quelle: International Republican Institute: Public Opinion Survey: Residents of Armenia, October 2018, https://www.iri.org/sites/default/files/2018.11.23_armenia_poll.pdf.

Grafik 3: Glauben Sie, dass der Beitritt Armeniens zur Eurasischen Wirtschaftsunion mit Russland, Kasachstan, Belarus und Kirgisistan positiv oder negativ für Armenien war?



Quelle: International Republican Institute: Public Opinion Survey: Residents of Armenia, October 2018, https://www.iri.org/sites/default/files/2018.11.23_armenia_poll.pdf.

Grafik 4: Welche dieser Quellen nutzen Sie, um sich politisch zu informieren? (Mehrfachnennungen waren möglich)



Quelle: International Republican Institute: Public Opinion Survey: Residents of Armenia, October 2018, https://www.iri.org/sites/default/files/2018.11.23_armenia_poll.pdf.

Wie der Kreml das Näherrücken unabwendbarer Veränderungen in Armenien verschlief

Konstantin Eggert (Snob)

Der folgende Beitrag des russischen Journalisten Konstantin Eggert erschien ursprünglich am 24.04.2018 in der Online-Zeitschrift Snob und wurde von dekodeur ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht.

Einleitung von dekodeur

Er war nur eine Woche Ministerpräsident Armeniens, dann gab er dem Druck der Straße nach: Serzh Sargsjan ist Mitte April 2018 zurückgetreten. Tagelang hatte es Proteste gegeben, nachdem Sargsjan vom Präsidentenamt ins Amt des Ministerpräsidenten gewechselt war. Viele warfen ihm vor, sich an die Macht zu klammern. 2015 hatte er als Präsident in einem Referendum über eine Verfassungsreform abstimmen lassen, die dem Ministerpräsidenten zahlreiche Kompetenzen des Präsidenten übertrug, diese war kurz vor der Wahl in Kraft getreten.

Armenien ist mit den Nachbarn Aserbaidschan und Türkei verfeindet, Russland gilt als wichtige Schutzmacht des Landes. Armenien ist Mitglied der Eurasischen Wirtschaftsunion, hat aber 2017 auch ein Partnerschaftsabkommen mit Brüssel unterzeichnet.

Bei den jüngsten Protesten schließlich ging es nicht um eine prowestliche oder antirussische Ausrichtung des Landes. Der Sieg der armenischen Opposition bedeute dennoch eine Schlappe für Moskau, meint der bekannte Journalist Konstantin Eggert auf Snob. Er sei ein äußerst wichtiges Signal für das Näherrücken unabwendbarer Veränderungen.

Moskau, hör die Signale!

Das, was da in Armenien geschehen ist, ist von kaum zu überschätzender Bedeutung für den sogenannten postsowjetischen Raum, wo das »post« immer stärker wird als das »sowjetisch«. Die friedliche Revolution in Armenien – einst eines der postsowjetischen Länder dieser Region, in dem die prorussischen Stimmungen und die Nostalgie nach der UdSSR mit am stärksten waren – ist ein äußerst wichtiges Signal für das Näherrücken unabwendbarer Veränderungen. Und zwar in einer Region, die Dimitri Medwedew vor zehn Jahren als »Zone privilegierter Interessen Russlands« bezeichnet hat.

Als Stütze der russischen Führung in Armenien fungierte zwanzig Jahre lang der sogenannte Karabach-Klan, eine Gruppe von Veteranen aus dem Krieg gegen Aserbaidschan um Bergkarabach, der 1994 mit einem Sieg Armeniens endete. Diese aus Arzach Stammenden, wie die Armenier Karabach nennen, hatten daraufhin sofort Lewon Ter-Petrosjan gestürzt, den ersten Präsidenten Armeniens – sie hielten ihn für zu kompromissbereit gegenüber Aserbaidschan. Anschließend machten sie sich die Unternehmen des Landes untertan, richteten für sich und ihre Familien Firmen in Russland ein,

jagten die Opposition in ein Ghetto und beschlossen, ewig zu herrschen.

Zunächst war der karabachische Veteran Robert Kotscherjan für zwei Amtszeiten Präsident, dann der frühere Verteidigungsminister Serzh Sargsjan. Schließlich gab die Ersatzbank der Karabachler wohl niemanden mehr her, aber das machte nichts. 2015 wurde ein Referendum abgehalten, das die Verfassung änderte und Armenien aus einer Präsidential- in eine parlamentarische Republik verwandelte. Der Präsident wurde zu einer repräsentativen Figur und die gesamten Machtbefugnisse wurden dem Ministerpräsidenten übertragen. Die Armenier hatten schon damals den Verdacht, dass es hier um eine Verlängerung der politischen Karriere Sargsjans geht. Dieser versprach jedoch, dass er nicht als Ministerpräsident kandidieren wolle. Das half, das Referendum »durchzudrücken«.

Sargsjan hat sein Versprechen nicht gehalten. Die Leute waren empört. Es kam zur Revolution. Sargsjan ist abgetreten, nachdem sich die ersten Militärs den Demonstranten angeschlossen hatten. Eine gewaltsame Unterdrückung der Proteste hätte einen Bürgerkrieg bedeutet. Dazu war der ehemalige Präsident und kurzzeitige Ministerpräsident nicht bereit gewesen. Gott sei Dank.

Unerwartet für Moskau

Für das offizielle Moskau kamen die Ereignisse in Armenien unerwartet – kurz nach den Wahlen hatte Wladimir Putin Sargsjan zur »Wahl« zum Ministerpräsidenten gratuliert. Wobei die darauffolgenden Ereignisse eine Schlappe für die russische Außenpolitik darstellten, und die ist deswegen so herb, weil Armenien der engste Verbündete Russlands ist, ein Mitglied der OVKS [Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit – Anm. d. Red.] und der Eurasischen Union, sowie das Land,

auf dessen Territorium sich einer der größten russischen Militärstützpunkte befindet.

Die Armenier lieben Russland aufrichtig, und genauso aufrichtig hoffen sie auf Russlands Schutz in den »kalten Kriegen« mit Aserbaidschan und der Türkei. Das bedeutet jedoch nicht, dass die armenische Gesellschaft so leben möchte wie die russische. In Armenien ist eine Generation herangewachsen, die sich nicht an die UdSSR oder den Karabach-Krieg erinnert. Für diese bedeutet die sargsjansche »Stabilität« das Gleiche, wie die putinsche für die Generation Nawalnyj: Stagnation, Heuchelei, fehlende Perspektiven und keine sozialen Aufstiegsmöglichkeiten.

Darüberhinaus weckt das Beispiel Georgien zunehmend das Interesse der Armenier: Das Nachbarland hat mit der Europäischen Union ein vollwertiges Assoziationsabkommen geschlossen, hat eine Visafreiheit mit der EU erreicht, eine Polizei- und Gerichtsreform unternommen und die Alltagskorruption bekämpft, jene Korruption, die dem Durchschnittsarmenier am meisten auf die Nerven geht.

Die armenische Opposition – zu ihrer Symbolfigur wurde Nikol Paschinjan, ein politischer Nachkomme des ersten Präsidenten Ter-Petrosjan – hat die Regierung beharrlich wegen des Eintritts Armeniens in die Eurasische Union kritisiert, wie auch wegen deren Weigerung (unter dem Druck Moskaus), 2013 ein Partnerschaftsabkommen mit der EU zu unterzeichnen. Das hat die armenischen Oppositionellen von der Partei »Elk« [»Ausweg« – Anm. d. Red.] in den Augen des offiziellen Russland zu »Feinden« gemacht. Sollte die russische Botschaft in Jerewan mit ihnen in Kontakt gestanden haben, so bestimmt äußerst eingeschränkt, sodass sie alles mit den Augen ihres Verbündeten Sargsjan und dessen Umgebung betrachtet hat.

Diese Überzeugung ist nicht unbegründet. Schließlich war der Ansatz Moskaus in Bezug auf Armenien recht einfach. Erstens: Wir haben dort einen Stützpunkt. Zweitens: Das Land ist von den überwiesenen Geldern der Armenier abhängig, die zum Geldverdienen in Russland leben. Drittens: Die Leute von »unserem« Sargsjan kontrollieren die einflussreichen Spitzenpositionen von Wirtschaft, Parlament und Sicherheitsapparat. Also gibt es eigentlich gar keinen Grund zur Sorge.

Selbstsicherheit, imperialer Hochmut sowjetischer Machart und die Unterscheidung von Ausländern in »unsere« und »fremde« haben der russischen Diplomatie erneut einen bösen Streich gespielt. Erneut – denn genau das ist das Verhaltensmuster des Kreml in allen postkommunistischen Transformationsländern: In Serbien zu Zeiten Miloševićs, in der Ukraine zunächst unter Kutschma und dann unter Janukowitsch, in Georgien unter Schewardnadse sowie die ganze Zeit in Belarus

und Moldau hat sich das Verhalten des offiziellen Russland vom Stil her nicht geändert. Moskau zieht jene vor, die Demokratie verachten, korrupt sind und bereit zum Westen, insbesondere zur NATO, auf Distanz zu bleiben. Im Kreml herrscht eine ungeheure Angst, dass auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR und auf dem Balkan (der aus unerfindlichen Gründen immer noch als prorussisches Aufmarschgebiet in Europa gilt) erfolgreiche, prosperierende Demokratien entstehen könnten.

Antiwestliche Pufferzone der Instabilität

Genau hierauf konzentriert sich die Außenpolitik Russlands: auf das Eindämmen und – falls das nicht gelingen sollte – auf die Unterminierung einer demokratischen Entwicklung des postsowjetischen Raumes und eines Teils Mittel- und Osteuropas. Das Ziel ist die Schaffung einer Art antiwestlicher Pufferzone der Instabilität – und die Verfolgung von Interessen staatlicher und staatsnaher Unternehmen in diesen Ländern. Diese Unternehmen dienen dabei ihrerseits auch als Instrument zur politischen Einflussnahme des Kreml und zur Korruption der Eliten vor Ort. Ein solches Vorgehen Moskaus erfolgt auch im Westen, erinnert sei nur an den Kauf des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder.

Allerdings lässt sich in entwickelten Demokratien nicht dieselbe Politik verfolgen wie gegenüber Armenien oder der Ukraine.

Trotz seiner nicht geringen Ressourcen erlebt der Kreml eine Niederlage nach der anderen. Der Hauptgrund für dieses Scheitern liegt im Unwillen, anzuerkennen, welche Rolle die Gesellschaft in postkommunistischen Ländern spielt. Im Kreml kann man einfach nicht glauben, dass die Leute Korruption, »ewige« Regime und Willkür der Sicherheitsbehörden tatsächlich satt haben. Wenn jemand auf die Straße geht, dann kann das nur deshalb sein, weil er von westlichen NGOs oder der CIA bezahlt wurde – so sieht im Großen und Ganzen die Denkweise der russischen Führung aus. »Normale Leute wollen keine Freiheit – sie wollen Stabilität um jeden Preis.« So lautet im Grunde die Devise der russischen Politik gegenüber den postkommunistischen Transformationsstaaten. Der Kreml projiziert seine eigenen Vorstellungen von der Befindlichkeit der russischen Bevölkerung auf seine Nachbarn, und nicht nur auf die.

Das ist auch der Grund, warum Moskau aus seiner Niederlage in Armenien keinerlei Schlüsse ziehen wird. Allenfalls werden die 450 Mitarbeiter der Präsidialadministration, Verzeihung, ich meine die 450 Abgeordneten der Staatsduma, angewiesen, mit doppeltem Elan Gesetze zum Kampf gegen all die verschiedenen »Freimaurer« und »Einflussagenten« zu verabschieden.

Am Tag von Sargsjans Rücktritt schrieb Maria Sacharowa, die Pressesprecherin des russischen Außenministe-

riums, auf Facebook: »Ein Volk, das die Kraft hat, sich in den schwersten Momenten seiner Geschichte nicht zu entzweien und trotz aller grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten die gegenseitige Achtung zu wahren, ist ein großes Volk. Armenien, Russland ist immer bei dir!«

Übersetzt aus der Sprache des Smolenskaja-Platzes heißt das: »Ihr Undankbaren! Ihr habt unseren Mann

gestürzt. Doch so einfach werden wir nicht von euch ablassen.«

Übersetzung aus dem Russischen von Hartmut Schröder

Über den Autor

Konstantin Eggert ist ein russischer Journalist und politischer Kommentator. Er moderiert eine wöchentliche Livesendung beim Radiosender »Kommersant FM«, wo er in den Jahren 2012 und 2013 Chefredakteur war. Außerdem ist er Kommentator beim Internet-Fernsehsender »Doshd«. In Westeuropa ist er regelmäßig als Gastdozent an verschiedenen Hochschulen tätig, so zum Beispiel am Royal College of Defence Studies in Großbritannien oder am Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik in der Schweiz.

Das russischsprachige Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter https://snob.ru/entry/160150?utm_source=fb&utm_medium=social&utm_campaign=snob&utm_content=column, die Übersetzung ins Deutsche durch dekoder unter <https://www.dekoder.org/ru/node/6393>.

Dieser Beitrag wurde übernommen im Rahmen des Projektes »Wissenstransfer² – Russlandstudien«, das von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und dekoder.org mit finanzieller Unterstützung der Volkswagen-Stiftung durchgeführt wird.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, [dekoder.org](https://www.dekoder.org) als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder, Snob und Konstantin Eggert für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Redaktion der Russland-Analysen

dekóder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

Pressemitteilung von Reporter ohne Grenzen zum Versuch, die Internetfreiheit in Russland zu beschränken

Internet-Giganten müssen Druck widerstehen

Reporter ohne Grenzen appelliert an globale Internet-Plattformen, sich dem Druck der russischen Regierung zu widersetzen und die Meinungsfreiheit zu verteidigen. Der Suchmaschinenanbieter Google setzt seit einigen Wochen die Zensurforderungen der russischen Medienaufsicht um und entfernt verbotene Inhalte aus seinen Suchergebnissen. Facebook und Twitter sollen durch Gerichtsverfahren und Geldstrafen dazu gebracht werden, mit den Behörden zu kooperieren. Zur gleichen Zeit diskutiert die Staatsduma über einen Gesetzentwurf, um russische Internetnutzerinnen und -nutzer bei Bedarf vom weltweiten Netz zu trennen.

»Google macht sich zum Handlanger der Zensoren, wenn es verbotene Seiten in Russland nicht mehr anzeigt. Statt sich dem Druck zu beugen, sollten große Unternehmen ihre Marktmacht einsetzen, um Meinungs- und Pressefreiheit zu verteidigen und Nutzerdaten vor staatlichem Zugriff zu schützen«, sagte ROG-Geschäftsführer Christian Mihr. »Internet-Giganten wie Google, Facebook und Twitter haben entscheidenden Einfluss darauf, ob sich Bürgerinnen und Bürger in Russland künftig noch frei im Internet äußern und informieren können oder ob die Regierung dem chinesischen Beispiel folgt und kritische Diskussionen im Keim erstickt.«

Google zeigt verbotene Seiten nicht mehr an

Vor wenigen Wochen wurde bekannt, dass sich Google dem Druck der russischen Medienaufsichtsbehörde *Roskomnadsor* beugt und einen Teil der in Russland blockierten Inhalte dort nicht mehr als Suchergebnisse anzeigt. Anders als russische Provider ist Google zwar nicht mit dem »Register verbotener Internetseiten« – der schwarzen Liste – der Behörde verbunden, erhält aber russischen Medien zufolge tägliche Updates von *Roskomnadsor*. Während der Löschprozess bei russischen Providern automatisiert abläuft, würden bei Google Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Fall zu Fall über die Löschungen entscheiden. Rund 70 Prozent der von *Roskomnadsor* beanstandeten Inhalte soll Google inzwischen aus seinen Suchergebnissen entfernt haben. So tauchen Hinweise auf die Walkie-Talkie-App Zello, mit der Fernfahrer 2017 Proteste organisiert hatten, in Russland nicht mehr in der Google-Suche auf. Auf den offiziell ebenfalls verbotenen Messengerdienst Telegram hingegen wird dort weiterhin verlinkt.

Im Dezember war Google in Russland zu einer Geldstrafe von 500.000 Rubel (ca. 6.700 Euro) verurteilt worden. Wenig später drohte die Medienaufsicht dem Unternehmen mit neuen, um ein Vielfaches höheren Strafen und damit, die Suchmaschine komplett zu sperren, sollte sie sich nicht an russische Gesetze halten. Im September 2018 hatte Google Werbevideos des Oppositionspolitikers Alexej Nawalny von YouTube entfernt, in denen er vor den Gouverneurswahlen zu Protesten gegen die Heraufsetzung des Rentenalters aufrief. Das Unternehmen betonte, sich damit an russische Gesetze zu halten.

Auch Facebook und Twitter stehen in Russland zunehmend unter Druck. Im Januar leitete die Medienaufsicht *Roskomnadsor* ein Verwaltungsverfahren gegen die beiden US-Unternehmen ein, da sie gegen russische Gesetze verstoßen würden. Insbesondere geht es dabei um die Vorgabe, persönliche Daten russischer Nutzerinnen und Nutzer ausschließlich auf Servern innerhalb Russlands zu speichern. Die russischen Behörden verhandeln seit Jahren über diesen Punkt mit den Unternehmen, ohne bisher konkrete Zusagen erhalten zu haben.

Gesellschaftliche Kontrolle internationaler Online-Plattformen

Die globalen Internet-Plattformen stehen zunehmend vor einem Dilemma. Da sie angesichts ihrer Größe inzwischen in vielen Ländern von zentraler Bedeutung für den öffentlichen Diskurs sind, wird einerseits gefordert, dass sie nicht allein auf Basis ihrer Community Standards Inhalte löschen dürfen. Andererseits ist die Betonung der Community Standards gerade in autokratischen Staaten häufig die einzigste Möglichkeit, um illegitime Löschforderungen staatlicher Stellen auf der Basis willkürlicher Gesetze zu ignorieren. Ende 2018 legte Facebook Pläne für ein globales Aufsichtsgremium vor, das sich mit gezielten Desinformationskampagnen ebenso befassen soll wie mit Online-Belästigung und Mobbing oder Aufrufen zu Gewalt. In den kommenden Monaten will das Unternehmen zusammen mit diversen politischen und gesellschaftlichen Gruppen Details zu Zusammensetzung und Arbeitsweise des Gremiums ausarbeiten.

Reporter ohne Grenzen steht hierzu intensiv mit Facebook im Austausch, zum Beispiel über das ROG-Büro in San Francisco. Zentral ist dabei die Frage, in welchem Verhältnis bei Entscheidungen des etwa 40-köpfigen Expertenrates Facebooks Community Standards, nationale Gesetze und internationale Menschenrechtsnormen zueinander stehen sollen. Reporter ohne Grenzen plädiert dafür, die Community Standards im Lichte völkerrechtlicher Prinzipien

weiterzuentwickeln. So entstände ein »digitales Hausrecht« der Konzerne, welches im Einklang mit den nationalen Gesetzen demokratischer Staaten steht – und gleichzeitig die Möglichkeit bietet, nationale Gesetze autoritärer Staaten als illegitime Instrumente der Zensur nicht akzeptieren zu müssen, weil sie völkerrechtliche Prinzipien missachten.

Neues Gesetz über abgekoppeltes russisches Internet

In Russland wurde in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Gesetzen erlassen, die die Presse- und Meinungsfreiheit erheblich einschränken. So sind Artikel über Homosexualität oder Drogen ebenso verboten wie Beiträge, die angeblich religiöse Gefühle verletzen oder zu Extremismus aufrufen. Anbieter von Kommunikationsdiensten müssen Inhalte von Online-Kommunikation sechs Monate lang auf Vorrat speichern. Sie sind verpflichtet, den Behörden auf Anfrage Daten von Nutzerinnen und Nutzern herauszugeben und dem Geheimdienst beim Mitlesen verschlüsselter Nachrichten zu helfen. Zudem dürfen Internetdaten russischer Bürgerinnen und Bürger ausschließlich auf Servern innerhalb Russlands gespeichert werden. Als sich das Karriere-Netzwerk LinkedIn weigerte, dies umzusetzen, wurde es 2016 gesperrt. Beim Versuch, den Messengerdienst Telegram komplett zu blockieren, hingegen scheiterten die russischen Behörden im vergangenen Jahr.

Über ein neues Gesetz, das es möglich machen soll, russische Internetnutzerinnen und -nutzer vom weltweiten Netz zu trennen, beriet die Staatsduma Mitte Februar in erster Lesung. Offiziell geht es laut den Erläuterungen zum Gesetzentwurf darum, »eine unabhängige Infrastruktur für ein störungsfreies Funktionieren des Internets zu schaffen« und Cyberangriffe aus dem Westen abzuwehren. Konkret heißt dies: Telekommunikationsunternehmen sollen jeglichen russischen Internetverkehr zukünftig über Austauschpunkte leiten, die die Medienaufsicht *Roskomnadsor* kontrolliert. Die Kommunikation zwischen Internetnutzerinnen und Nutzern soll im Land bleiben und nicht über ausländische Server laufen, wo die Informationen möglicherweise abgefangen werden können. In kritischen Situationen sollen unerwünschte Nachrichten also weder nach Russland hinein noch aus Russland heraus gelangen.

Dabei ist unklar, ob sich diese Pläne technisch überhaupt umsetzen lassen. Provider befürchten massive Störungen im Internetverkehr; der Rechnungshof kritisierte die enormen Kosten für das Projekt. Der russische Unternehmerverband warnte in einem Brief an die Duma, Russland könne nicht ohne Weiteres von den wichtigsten ausländischen Servern abgetrennt werden, über die große Teile des Geschäftsverkehrs russischer Konzerne laufen.

Wende bei der Internet-Kontrolle: Jetzt kommt es auf die Grossen an

Auch vor dem kompletten Abschalten des Netzes schrecken russische Behörden in kritischen Momenten nicht zurück. So wurde das mobile Internet in der südrussischen Teilrepublik Inguschetien im Herbst 2018 zeitweise abgeschaltet, als die Bevölkerung gegen die Verschiebung der administrativen Grenze zur Nachbarrepublik Tschetschenien protestierte. Die großen Mobilfunkanbieter erklärten nach Beschwerden von Nutzern, sie hätten auf Anweisung der Behörden gehandelt.

Die russische Menschenrechtsorganisation Agora spricht in ihrem gerade veröffentlichten jährlichen Bericht zur Freiheit des Internets in Russland von einer »fundamentalen Wende« der russischen Regierungspolitik bei der Kontrolle des Internets. Nachdem sich gezeigt habe, dass sich der Informationsfluss im Netz durch das bloße Sperren von Seiten und der exemplarischen Verfolgung einzelner Bloggerinnen und Blogger nicht vollständig kontrollieren lasse, stünden nun die großen nationalen wie internationalen Internetservice-Anbieter im Fokus. Denn erst wenn sie kooperieren, lässt sich die Kommunikation zwischen den Menschen effektiv überwachen und die Verbreitung unerwünschter Information wirklich verhindern.

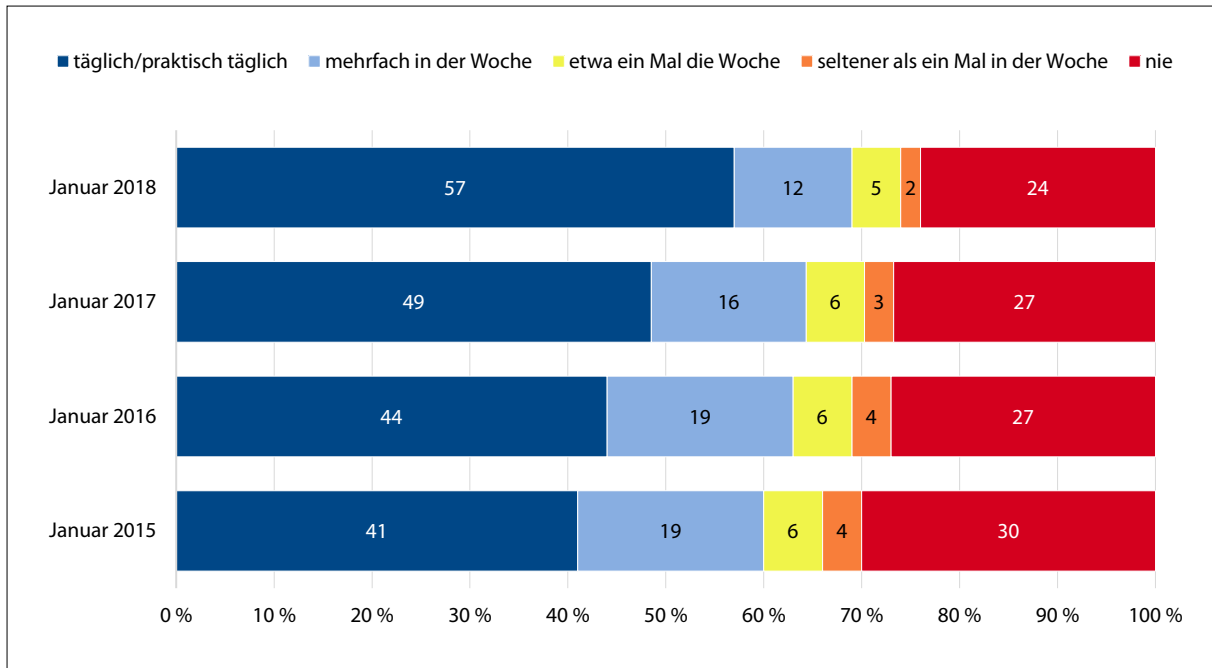
Die Pressemitteilung von Reporter ohne Grenzen vom 25.02.2019 zu Russland ist im Original unter <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/pressemitteilungen/meldung/internet-giganten-muessen-druck-widerstehen/> zu finden.

Die Redaktion der Russland-Analysen

GRAFIK ZUM TEXT

Internetnutzung in Russland

Grafik 1: Wie oft sind Sie durchschnittlich im Internet? (Eine Antwortnennung möglich.)



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 18. – 24.10.2018, <https://www.levada.ru/2018/11/13/polzovanie-internetom-2>, veröffentlicht am 13.11.2018.

12. – 23. Februar 2019

12.02.2019	Der ehemalige Präsident der russischen Republik Mari-El, Leonid Markelow, wird wegen besonders schwerer Bestechung, Machtmissbrauchs und illegalen Waffenbesitzes angeklagt. Er soll aus unterschiedlichen Quellen mehr als 235 Millionen Rubel (etwa 3,1 Millionen Euro) Bestechungsgelder erhalten haben.
13.02.2019	Die Menschenrechtsorganisation »Für Menschenrechte« unter der Leitung von Lew Ponomarjow wird nach einer Überprüfung durch das Justizministerium wieder in die Liste der sogenannten »ausländischen Agenten« aufgenommen. Bereits im Dezember 2014 hatte das Justizministerium der NGO diesen Status erteilt, ihn kurze Zeit später jedoch wieder zurückgenommen.
14.02.2019	Die von den Menschenrechtsaktivisten Lew Ponomarjow und der im Dezember verstorbenen Ljudmila Aleksejewa gegründete Organisation »Zur Verteidigung der Rechte Strafgefangener« (russ. »W saschtschitu praw sakljutschennych«) wird in die Liste sogenannter »ausländischer Agenten« aufgenommen. Dies teilt das Justizministerium mit.
15.02.2019	Der russische Aluminiumhersteller »RusAl« besetzt in Folge der US-Sanktionen gegen das Unternehmen seinen Direktorenrat neu. Im Vorstand des Konzerns sind nun unter anderem Christopher Burnham, Vorsitzender der »Cambridge Global Capital LLC« und ehemaliger Berater des US-Präsidenten Donald Trump, Nicholas Jordan, ehemaliger Geschäftsführer des russischen Ablegers von »Goldman Sachs« sowie Maxim Poletajew, vormals stellvertretender Vorsitzender der russischen »Sberbank«.
15.02.2019	Der russische Präsident Wladimir Putin und sein belarussischer Amtskollege Aleksandr Lukaschenko treffen zu Gesprächen in Sotschi zusammen. Thema sei unter anderem der Erfolg des im Jahr 1999 abgeschlossenen Unionsabkommens beider Länder. Die seit November 2018 im Raum stehende Frage eines Ausgleiches für das sogenannte »Steuermanöver« Russlands für Belarus wurde nach offiziellen Angaben nicht besprochen. Das »Steuermanöver« sieht eine schrittweise Absenkung der Ausfuhrzölle auf Öl und Erdölzeugnisse bei gleichzeitiger Erhöhung der Abgaben auf Erdölförderung. Dies hat einen Preisanstieg für Erdöl zur Folge, den Belarus, das von den Ausfuhrzöllen befreit ist, vollständig tragen muss.
15.02.2019	Der Gründer der Investmentfirma »Baring Vostok«, Michael Calvey, wird in Moskau festgenommen. Das 1994 gegründete »Baring Vostok« ist das größte unabhängige Investmentunternehmen, das auf Investitionen in Russland spezialisiert ist. Calvey soll im Jahr 2017 2,5 Milliarden Rubel (etwa 33 Millionen Euro) veruntreut haben. Er bestreitet die Vorwürfe.
16.02.2019	Die Stadt Sankt Petersburg erteilt den Organisatoren des seit der Ermordung des Oppositionspolitikers Boris Nemzow im Jahr 2015 regelmäßig stattfindenden Gedenkmarsches keine Genehmigung für eine Veranstaltung im Zentrum der Stadt. Die Organisatoren kündigen an, gegen diese Entscheidung Beschwerde einzulegen.
16.02.2019	In Sankt Petersburg stürzt das Gebäude der Universität für Informationstechnologien, Mechanik und Optik teilweise ein. 81 Studenten und Lehrkräfte werden unversehrt evakuiert.
18.02.2019	Die Organisatoren des Gedenkmarsches anlässlich der Ermordung des Oppositionspolitikers Boris Nemzow im Jahr 2015 einigen sich mit der Stadtverwaltung Sankt Petersburgs auf die Durchführung der Veranstaltung am Finnischen Bahnhof.
18.02.2019	Aleksandr Beglow, Gouverneur von Sankt Petersburg, wird in den Sicherheitsrat der russischen Föderation berufen. Dies geht aus einer Mitteilung des Kreml hervor.
20.02.2019	Mit seiner jährlichen Rede zur Lage der Nation wendet sich der russische Präsident Wladimir Putin an die Föderalversammlung. Darin warnt er die USA, in Westeuropa Mittelstreckenraketen zu stationieren. Außerdem widmet Putin einen großen Teil seiner Rede innenpolitischen Themen – der Lebensstandard solle verbessert, die Sozialleistungen für junge Familien erhöht und Steuererleichterungen sollen durchgesetzt werden.

21.02.2019	Boris Titow, russischer Geschäftsmann und präsidientlicher Beauftragter für den Schutz von Unternehmerrechten, wendet sich an den russischen Generalstaatsanwalt Jurij Tschaika mit der Bitte um Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Verhaftung des US-amerikanischen Geschäftsmannes Michael Calvey. Dieser war am 15.2.2019 festgenommen worden. Der Vorwurf lautet Veruntreuung,
21.02.2019	Andrej Schwedow wird neuer bevollmächtigter Vertreter Russlands in der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OKVS), ein von Russland geführtes Militärbündnis. In der OKVS sind neben Russland Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Belarus organisiert.
23.02.2019	In mehreren russischen Städten finden Gedenkveranstaltungen anlässlich des vierten Jahrestages der Ermordung des Oppositionspolitikers Boris Nemzow am 27.2.2015 in Moskau statt. Allein in Moskau nehmen an dem Gedenkmarsch nach offiziellen Angaben etwa 6.000 Menschen teil.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Heiko Pleines (verantwortlich) und Anastasia Stoll
 Sprachredaktion: Hartmut Schröder
 Chronik: Alena Schwarz
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Prof. Dr. Alexander Libman, Universität München
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2019 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

